

Die Oberlausitz

Lauscher Komjomol im Bormarsch

(Arbeiterkorrespondenz 274)

Am Donnerstag, dem 11. Februar, fand in der „Hohburg“ in Übergizig, die erste Landesversammlung statt, an welcher der Amtshauptmann sprach. Er zeigte an Hand wichtiger Materialien, daß unsere sozialen Bilder in ihrem allgemeinen Ausbau etwas vollziehen, auf das wir noch keinem Raum. Mit Begeisterung wünschte diejenigen, die am besten Verständnis und das Interesse des Jungarbeiters Genossen Witzelmann sagten: „Von Wels zu Thälmann.“ Er zeigte den Anwesenden die Karte des SPÖ und forderte sie auf, sich einzutragen. Die Wehle u. Co. hatten es nicht gewusst, einen Diskussionsraum zu stellen. Aber trotzdem wurden viele gesetzliche Anträge von erlaubneten sozialdemokratischen Arbeitern von beiden Referenten richtig gestellt und bewilligt. Die Aussprache bewies, daß die Arbeiterschaft genügt ist, mit diesem verderblichen SPÖ-System Schluss zu machen und mit dem roten Front für eine bessere Zukunft zu beginnen.

Beide Referenten sprachen am Sonnabend, dem 13. Februar, zu einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung in Döben. Auch hier dasselbe Beispiel, die Führer der SPÖ blieben rezipiente Versammlungen fern, um nicht ihren Kontakt zu zerstören. Die Diskussion zeigte es, daß dieser noch viele mit der SPÖ unzufriedene Arbeitnehmer erkannt haben, daß es einen Kurswechsel gibt und sich einreihen in die rote Einheitsfront. Folgendes glänzendes Werteregebnis konnte gebucht werden: 1 Abstimmungen in den KPD und 3 Abstimmungen für die SPÖ. Wir begrüßen die neuen Mittelpunkte mit einem „Heil Hitler!“ in unseren Reihen. Mit dem Schlag der „Internationale“ wurde die Versammlung geschlossen.

Weil sie politisch sei, ist

SPD von Bautzen gegen Erwerbslosenvertretung

(Arbeiterkorrespondenz 269)

In der letzten Gemeindevertretung zeigten sich die Vertreter der Bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisgruppen nicht in voller Zähmungsfreiheit. Der demokratische Kritik ist mit sehr großem Interesse in Erhebung. Die Amtshauptmannschaft kam als Antwort auf die papieren Postkreditanträge, die Einigung einer Neuerziehung und Erhöhung der Grund- und Gewinnsteuer vorsichtig. Ein neuer Beweis, was mit papieren Konsensuren erreicht wird. Die kommunistische Fraktion beanspruchte nach genügender Aufklärung Nichterhebung dieser Steuern. Der Bürgerliche Vertreter läßt sich hierzu, bis diese Anträge zwecklos seien, da man gegen den Strom nicht schwimmen könne. Dieser Meinung folgen auch die SPD-Kräfte in der „Ungleichheit“. Anträge wurden ferner die KPD-Anträge bekräftigt, die die Rücknahme der Bürgersteuer forderten, was ein unbedingliches Entkommen 35 Mark nicht übersteigt, was bei, welches forderte, die Wohlhabungsunterstützung nicht ausreichen kann. Die Bürgerlichen und SPD-Vertreter kamen in die Kämmerin. Durch diese Maßnahmen würde man die Bevölkerung die Mittel nehmen. Ein neuer Beweis, daß diese Konsensuren nur auscheinhabenden Gründen gegen die Bürgerinnen werten. Bei den Erwerbslosenanträgen spielte die SPD eine erhebliche Rolle. Sie verhinderte, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen würde, da der Erwerbslosenrat in einer politischen Versammlung gewählt sei. Die anwesenden Erwerbslosen haben sofort erkannt, daß sie nur diese Ausrede als Deckmantel benutzten, um sich vor der Abstimmung zu drücken. Der Vorschlag, daß die Gemeinde für die Erwerbslosen den Wohlstand schaffe, wurde gleichfalls mit den Stimmen der SPD und Bürgerlichen abgelehnt mit der Begründung, daß die Gemeinde es nicht hätte.

Nur und deutlich erkannten alle Abwesenden, daß nur die SPD für die Interessen der werktätigen Bevölkerung eintritt. Es kämpft mit der KPD für Arbeit und Brot, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Würger Sozialreaktion

Am Donnerstag brach in Dresden-Stadt, Hauptstraße, eine zweihundert Arbeitnehmer plötzlich zusammen. Es war infolge Unterernährung schwer vor den Augen geworden.

Friedersdorfer SPÖ für Pflichtarbeit

Die Werktätigen von Friedersdorf für die Forderungen der Kommunistischen Partei

(Arbeiterkorrespondenz 256)

In der letzten Gemeindevertretung, in der eine große Zahl von Bürgern erschienen waren, wurden Anträge der KPD-Landesbehörde, welche lauteten: 1. keine Bürgersteuer zu zahlen, 2. Den Wohlfahrtsempfängern die gehobene Ausgabe zu erhalten, 3. Die Wohlfahrtserwerbsstellen von der Stewpellei zu betreiben, 4. Keine Pflichtarbeitsabnahmen, 5. Allen Erwerbslosen den Wasserzins um 50 Prozent zu ermächtigen, das gleiche für alle Sozial- und Kleintrentner. Weiter allen Haushalten für alle Sozial- und Kleintrentner. Weiter allen Haushalten um 50 Prozent vom Einkommen 300 Mark nicht übersteigen, was von allen Kosten, die auf Haus und Grund entfallen, zu betreuen. Weiter für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleintrentner übernimmt die Gemeinde die Kosten, dagegen ist alle Einwohner, deren Einkommen 1500 Mark nicht übersteigt. Sämtliche Anträge wurden nach lebhafter Debatte mit 15 gegen 1 Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Es wurde von unseren Vertretern darauf hingewiesen, wie Mittel aus dem Kredit häufig gemacht werden können. Es wurde darauf hingewiesen auf die großen Subventionen an die Hochbau, während man den kleinen den Kredit bei jedem einzelnen Belieben ins Hand bringt. Auffrage der Pflichtarbeit nahm der Vertreter Grüner (SPÖ) folgende Stellung, er legte fort wörtlich, wenn die Pflichtarbeit trotzdem eingesetzt werden müsse, sollte man davon vermeiden und wenn sie jetzt schade hat, sei in der Lage, welche zu förmigen, darüber große Empörung unter den Bürgern. Unsere Fraktion nahm nur in einer folgenden Einwohnerversammlung Stellung zu oben genannten Anträgen, welche von den Anwesenden gut angenommen wurden. In dieser Versammlung wurde noch ein langer Beitrag aus den Massenorganisationen für die KPD-Partei geholt und von den Bergmannen bestätigt. Unter anderem erwähnte, mit der KPD gemeinsam den Kampf aufzunehmen, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir konnten bei der Werbung noch weitere Kreise der Einwohner mit unserer Partei erweitern. 22 Abonnenten für das Volksblatt und 4 Mitglieder für die Partei und 1 Mitglied für die Rote Hilfe war das Ergebnis der Werbung.

Nazis brüllen: „Raust nicht beim Juden“

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 114)

Sperr. Die „Helden“ um Adolf Hitler wettern auch in unsrer Zeit in ihren Versammlungen wiederholt gegen Konsum- und Warenhäuser. Ich weiß es gerade ein großer Teil

„Das ist der aus dem „Drei Kronen“

Seiger Naziüberfall auf Zittauer Arbeiter

Nazis schlecken wehrlose Arbeiter nieder. Die Polizei von Bautzen behauptet: Kommunistischer Überfall Arbeiter, hinein in die rote Klassenfront, hinein in die KPD!

(Arbeiterkorrespondenz 270)

Am Sonnabend, dem 13. Februar, kam es zu einem ebenso furchtbar wie gemeinen Überfall von Nazis auf Arbeiter. An diesem Tage zwischen 19 und 20 Uhr standen einige Arbeiter in Unterhaltung begriffen, an der Ecke Großherzog-Mühlstraße. Einzelne Trupp von Nazis, alle mit Stöcken ausgerüstet, zogen dort vorbei zu einer Versammlung nach Hartau. Unter den Arbeitern befand sich auch das Mitglied der KPD, Walter P., der am Tage vorher wegen eines durchaus parlamentarischen Zwischenfalls (das liegt auch der Bericht der Polizeizeitung) aus einer Nazisversammlung in den Drei Kronen herausgeworfen wurde. Möglich erwachte aus den Reihen der Nazis, die diesen Genossen wiederkannt hatten, der Ruf: „Das sind die aus den Drei Kronen!“ Das war das Signal zu einem Angriff der Nazis auf die wehrlosen Arbeiter. Diese wehrten sich natürlich, so gut es ihnen möglich war, gegen die Mordmacht; denn die Nazis waren mit über 20 Mann angewandt und erhielten durch neue Trupps weitere Verstärkung. Der Genosse P., den es gelungen war, einige Angreifer mit Stöcken zu schlagen, wollte einem jugendlichen Arbeiter, der von mehreren Nazis mit Stöcken bedroht wurde, zu Hilfe kommen, da rief plötzlich ein Nazi: „Das ist der von den Drei Kronen, der hat vom Freitag noch nicht genug!“ Unmittelbar darauf erhält unter Genossen einige Messerstiche in den Rücken. Er stürzte zu Boden und verlor für einige Augenblicke die Besinnung. Als er wieder zu sich kam, war er von Nazis umringt, von denen einer lagte:

„Der Hund versteckt sich bloß!“

Daraufhin wurden ihm von den entmenschten Bestien noch Tritte in die Seiten und ins Gesicht versetzt. Als dann das Überfallkommando erschien, stellte es außer den Nazis, die infolge ihrer drei- bis vierstöckigen Überfällen das Feld behauptet hatten, nur noch unteren schwere Verletzten Genossen fest.

Das ist der Vorgang.

Wie aber sieht der Polizeibericht aus?

Am nächsten Tage meldet der Polizeibericht: „Etwa zwanzig Nationalsozialisten, die sich auf dem Wege nach Hartau befanden, um dort an einer Versammlung teilzunehmen, wurden von



einem Trupp Kommunisten, etwa 10 bis 15 Mann, in der Nähe der Mühlstraße überfallen. Es entpankte sich eine regelrechte Schlägerei, bei der mit Stöcken und anderen Gegenständen geschlagen worden ist. Eine Anzahl Nationalsozialisten erhielten erhebliche Kopfverletzungen. Herner wurde der Arbeiter Walter P., hier, Großherzog-Stadt 50, der an dieser Schlägerei mit beteiligt war und der KPD angehört, durch Messerstiche in den Rücken erheblich verletzt. Er mußte sofort nach dem Krankenhaus gebracht werden.“

Dieser Bericht ist ein deutsliches Beispiel dafür, wie gegen Kommunisten, auch von Autostellen aus, gelegt wird. Wir fragen: Woher weiß die Polizei, daß die Arbeiter Kommunisten waren? Woher weiß sie, daß die Nazis überfallen wurden? Wie kommt sie dazu, von 10 bis 15 Kommunisten zu sprechen, wo es sich in Wirklichkeit nur um 7 Arbeiter handelt, von denen nur zwei der KPD angehören?

Außerdem wissen, woher sie es weiß: Von den Nazis! Dafür klagen sie die Polizei nachgebend. Diese seige Mordbande hat auch hier wieder ihre alte Taktik ausgeübt: Nachdem es ihnen gelungen war, einen Arbeiter niederrütteln, sprechen sie vor einem kommunistischen Überfall, und die Polizei glaubt es ihnen — natürlich. Aber — und überhaupt Kommunisten — und vogelst.

Der Freiheitkampf kann es in seiner Donnerstagnummer wagen, einen Artikel zu dringen mit der Überschrift: „Das Geheimnis liegt in der Tatsche, daß die Nazis überfallen.“ Darin steht: „Darin tragen sie gleich noch etwas härter auf, als der amtliche Bericht und schreiben: „Unsere Parteigenossen wurden teilweise verwundet, konnten sich dann aber der Kommunisten, trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, entwischen, wobei einer der massstädtischen Angreifer ebenfalls verletzt wurde. Das Überfallkommando nahm einige Verhaftungen vor.“

So steht einwandfrei fest, daß es sich um einen planmäßigen Überfall gehandelt hat, der zweifellos in enger Verbindung mit dem des letzten Freitags steht.“

An diesem verlogenen Bericht ist nur der letzte Satz wahr, daß es sich nämlich um einen planmäßigen Überfall handelt. Die ganzen Ansprüche der Nazis lassen deutlich erkennen, daß es ihnen darauf ankommt, den verhaschten Zwischenwalter zu „fällen“. Jedem entflohenden Menschen ist klar, daß es sich um keinen kommunistischen Überfall handeln kann, wenn ein Kommunist Befehle in den Rücken bekommt. Wenn ich von jemand überfallen werde und mich in der Notwehr befinde, kann ich ihm doch nicht Etliche in den Rücken verlegen.

Arbeiter Zittau! Dieser ganze Vorfall muß euch zeigen, wie groß die sozialistische Gefahr geworden ist. Reicht euch ein in die Front der Kommunistischen Partei! Besucht am Dienstag, dem 23. Februar, 20 Uhr, in den Drei Kronen die Versammlung, in der der Führer der Kommunistischen Partei Sachsen, Genosse Fritz Selbmann, MdL, sprechen wird.

Verweigerung von Bürgersteuererlaß

durch den SPÖ-Amtshauptmann Rahmann, Bautzen, weil Erlass „ungefehllich“ sei

(Arbeiterkorrespondenz 272)

Hirschfelde. Die am 12. 2. stattfindende Gemeindevertretung beschloß sich nach Bekanntgabe der verschiedenen Abschlußberichte unter anderem mit den neuen Abgabemaßnahmen der Amtshauptmannschaft, über Durchführung der Pflichtarbeit, zweckloses Überarbeiten der Unterstellung. Unsere Genossen zeigten

auf, welche mittelalterliche Zwangsarbeit all diese Maßnahmen darstellen. Vertreter der SPÖ und Bürgerliche legten ihre Meinung bei dieser Angelegenheit an den Tag. Genosse Rau zeigte auf, durch weisen Mitarbeiter und Unterstüzung alle diese Experimente heute an den Ausgeleierten durchgeführt werden. Nur durch Unterstüzung der Bürgerschaft durch die SPÖ ist es möglich, alle Notwendigkeiten durchzuführen. Der sozialdemokratische Amtshauptmann Rahmann im Bezug läßt rigoros alles durch. Weiter sind neue Spartenmaßnahmen dictiert, indem in der Gemeinde neue Arbeitsaufgaben erhoben werden sollen. Als wieder auf Kosten der schon bis aufgerückt ausgeworfenen Massen. Alle diese Ausführungen drachten den Rennagaten Dutschmann in äußerste Wut. Er fühlt sich immer berufen, seine Parteigenossen als Exekutivorgane des kapitalistischen Staates zu verteidigen.

Der einstimmig gefasste Beschuß der Verordneten betr. Bürgersteuer wurde von der Aufsichtsbehörde als ungeeignet erklärt. Hier wird den Arbeitern klar vor Augen geführt, daß in einer Republik, die die SPD durch die „Eiserne Front“ verteidigt, nur gekämpft ist, daß der Arbeiter täglich bezahlt und die Ausbeuter immer größere Profite machen. Die Erwerbslosenzahlen beweisen, daß auch in Hirschfelde die Reizverarmung immer mehr wächst. 217 männliche, 118 weibliche Erwerbslose sind vorhanden, davon ausgesteuert männlich 92, weiblich 34, und nur 68 männliche und 34 weibliche erhalten Wohlfahrtsunterstützung. Zuhörer waren 88 Männer, nicht nachzählen zu können.

Angestellte, untere Beamte und Kleinbetriebsbetriebe, ihr müßt euch baldigst entscheiden, ob ihr einer Partei, die sich den Schatz des Geldblatts, gleichviel ob Generaldirektor jüdischer oder christlicher Glaubens, zu eignen macht, die Gefolgschaft leistet, oder ob zum endgültigen Sieg der Kriegsräte mit der Kommunistischen Partei gegen das gesamte Kapital kämpft. Datum aus dem Paß mit dem „Freiheitkampf!“ Der zur roten Röhre kommt! Hinein in die Kommunistische Partei! Lebt die „Arbeiterstimme“ oder das „Volksblatt“!

Jetzt zu uns, zur roten Einheitsfront! Lebt die Arbeitersinn! Werdet Mitglieder der KPD!

Berrat an der lämpfenden Mieterfront

Mietkampftag gegen 2. Vorsitzenden des Dresdner Mietbewohnervereins Groß

Wir brachten bereits die Mitteilung von dem Berrat des zweiten Vorsitzenden des Dresdner Mietbewohnervereins an den treuhenden Mieter in Neugersdorf. Der am vergangenen Samstag in Chemnitz tagende Mietkampftag nahm zu dem Verhalten von Groß folgende Resolution an:

Entschließung

Die unterzeichneten, auf dem Mietkampftagtag in Chemnitz vertretenen Mitglieder des Bundes Deutscher Mietervereine (BdD Dresden) erklären sich mit dem Mieterverein Neugersdorf und den dort lämpfenden Mietern solidarisch. Sie verurteilen auf das entschiedenste, daß der 2. Vorsitzende des Dresdner Mietbewohnervereins, Rechtsanwalt Walter Groß I., die Bedingungen der Heimatstättengesellschaft Sachsen gegenüber den Mietern als Prozeßbevollmächtigter vertritt. Die Unterzeichneten sehen in dieser Haltung eines Bundesvorstandsmitgliedes einen beispiellosen Vertritt der Mieterinteressen und geloben, mit allen Mitteln für die Freiheit des Sachsischen Mieterkampftagtages einzutreten.

Parteiarbeiterkonferenz im UB Bautzen

Sonntag den 21. Februar 9 Uhr im Kretscham, Ebersbach. Mitgliedsbücher der Partei, RGO und RH sind mitzubringen. UBL Sonnabendabend

Auch eine „Massenversammlung“

(Arbeiterkorrespondenz 253)

Hartau bei Zittau. Hier hatten die Nazis im Deutschen Haus eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Schlafstunde Deutschlands.“ Als Redefest war vor den Arbeitern schon bekannt Dr. Helwig geholt worden. Ganz dreizehn Bürgermeister waren zuhörer seines geistlosen Ergriffs. Um nicht allzu leicht klammert zu sein, hatte man ca. 60 SA-Peute von Zittau mitgebracht, außerdem ein Polizeiaufgebot von 20 Mann. Die Versammlung ist ein Beweis dafür, daß die Nazis bei den Hartauer Einwohnern nicht landen können. Die Hartauer Arbeiter stehen gut zur roten Klassenfront.